

## **Indische Bürger fordern Stopp der Waffenexporte nach Israel**

Eminente Inder fordern Stopp der Waffenlieferungen an Israel während des Gaza-Kriegs; Brief an Verteidigungsminister Rajnath Singh.

Inmitten der globalen Diskussion über militärische Unterstützung und Menschenrechte haben prominente Bürger Indiens eine dringliche Aufforderung an die indische Regierung gerichtet, um die laufenden Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Dies geschieht im Kontext des anhaltenden Konflikts in Gaza und wirft wichtige Fragen zur Verantwortung und den Auswirkungen solcher Lieferungen auf die internationale Gemeinschaft auf.

### **Forderung nach Stopp der Rüstungsexporte**

Eine Gruppe angesehener Bürger hat an den indischen Verteidigungsminister Rajnath Singh appelliert, die Lizenzierung für den Export von Waffen und Munition nach Israel auszusetzen. In ihrem Schreiben fordern sie, dass Indien unverzüglich seine militärischen Kooperationen beendet, um sicherzustellen, dass bereits gelieferte Waffen nicht zur Unterstützung von Kriegsverbrechen oder zur Verletzung des internationalen humanitären Rechts verwendet werden.

### **Wer steht hinter dem Aufruf?**

Zu den Unterzeichnern des Schreibens gehören ehemalige Richter des Obersten Gerichtshofs, Ökonomen, Aktivisten sowie Autoren wie die Booker-Preisträgerin Arundhati Roy. Diese einflussreiche Gruppe hat sich klar positioniert, indem sie von

der indischen Regierung verlangt, alle bestehenden Lizenzen für die Lieferung von militärischen Waffen an Israel zu überprüfen und zu annullieren.

## **Die Rolle der Öffentlichkeit**

Die Unterzeichner haben betont, dass Transparenz hinsichtlich der Exportlizenzen von größter Bedeutung ist. Sie kritisierten, dass Informationen über die Rüstungsexporte, die früher öffentlich zugänglich waren, mittlerweile von den Behörden entfernt wurden. Rechtsanwalt Prashant Bhushan äußerte sich besorgt über diesen Mangel an Transparenz.

## **Internationale Verantwortung und humanitäre Verantwortung**

Die Gruppe wies auf die Verpflichtungen Indiens im Rahmen internationaler Gesetze und Abkommen hin. Sie betonten, dass Indien keine Militärwaffen an Staaten liefern sollte, die für Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Diese Forderungen wurden besonders angesichts der Berichtserstattung über die derzeitige humanitäre Krise in Gaza laut, wo Schätzungen zufolge fast 39.500 Palästinenser, darunter viele Frauen und Kinder, getötet wurden.

## **Schwere Vorwürfe gegen Israel und die internationale Gemeinschaft**

Israel sieht sich Vorwürfen der Völkermordverbrechen gegenüber, die im Internationalen Gerichtshof thematisiert werden. Die Gruppe in Indien hat die internationale Staatengemeinschaft dazu aufgerufen, Druck auf Israel auszuüben, um eine sofortige Waffenruhe zu erreichen und die Menschenrechten in der Region zu respektieren.

## **Auswirkungen auf die indische Gesellschaft**

Die kürzliche Initiative von prominenten Bürgern reflektiert ein wachsendes Bewusstsein in der indischen Gesellschaft über die Rolle des Landes in internationalen Konflikten. Die Fragen der ethischen Rüstungslieferungen und der humanitären Hilfe rücken zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Dies könnte möglicherweise zu einem Umdenken in der Rüstungspolitik Indiens führen.

Die Eindringlichkeit dieser Forderungen gibt einen Einblick in den Sichten der Zivilgesellschaft in Indien und könnte langfristige Auswirkungen auf außenpolitische Entscheidungen des Landes haben. Es bleibt abzuwarten, welche Schritte die indische Regierung unternehmen wird, um auf diese dringenden Appelle zu reagieren.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**